

Antrag der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen

Wohnen und Leben im Osterfeuerbergquartier verbessern

Das Osterfeuerbergquartier zeichnet sich durch eine heterogene Nutzungsstruktur aus. Entlang des Osterfeuerberger Rings finden sich verschiedene Gewerbebetriebe und Brachflächen. In den angrenzenden Straßen ist hauptsächlich zwei- und dreistöckige Wohnbebauung anzutreffen. Die vierspürige Hauptstraße zerschneidet das Quartier und lässt das Wohnumfeld wenig attraktiv erscheinen.

Doch nach schwierigen Jahren beginnt das Osterfeuerbergquartier, sich städtebaulich zu erholen und aufwärts zu entwickeln. Der gültige Bebauungsplan 1821 aus dem Jahr 1992, mit dem die Gewerbeansiedlungen entlang des Osterfeuerberger Rings abgesichert werden sollten, ist nicht mehr auf dem gegenwärtigen Stand der inhaltlichen und konzeptionellen Diskussion.

Die Aufwertung des Quartiers und die Steigerung des Wohnwerts und der Lebensqualität erfordern einen ganzheitlichen Ansatz der städtebaulichen, sozial- und bildungspolitischen Orientierung. Wir wollen die Wohnbebauung stärken und dazu die Gewerbeentwicklung entlang des Osterfeuerberg Rings gezielt steuern. Zukünftig soll nur noch Gewerbe zugelassen werden, das Wohnen und Leben im Quartier nicht stört – also keine Unternehmen wie zum Beispiel Autowaschanlagen und ähnliches Gewerbe.

Als Ergebnis der Diskussion und Beschlussfassung in der Fachdeputation und der Stadtteilpolitik sowie des Bürger/-innenbeteiligungsprozesses „Zukunftswerkstatt Osterfeuerberg“ sind daher der Flächennutzungsplan und der Bebauungsplan 1821 entsprechend zu überarbeiten, um damit die Entwicklung des Quartiers weiter positiv zu stärken.

Die Stadtbürgerschaft möge beschließen:

1. Der Senat wird gebeten, die positive Entwicklung des Osterfeuerbergquartiers zu stärken und im Zuge der Erarbeitung einer Entwicklungsperspektive für den Bremer Westen dazu den Flächennutzungsplan und den Bebauungsplan 1821 zu novellieren, um dem städtebaulichen Leitbild Bremens entsprechend ein verbessertes Wohnumfeld und eine zurückgenommene Gewerbenutzung im Sinne des Zentren- und Nahversorgungs-Konzeptes zu realisieren. Dabei sollen die Zwischen-, Um- oder Nachnutzungen der im Quartier liegenden Brauerei, des leer stehenden Postgebäudes und eine Verbesserung des Straßenprofils am Osterfeuerberger Ring sowie die Lärmsituation am Bahndamm in die Planungen einbezogen werden. Im Plangeltungsbereich soll sich deshalb nur noch Gewerbe ansiedeln dürfen, das keine negativen Auswirkungen auf die Wohnbebauung hat.
2. Die Stadtbürgerschaft fordert den Senat auf, zur Sicherung der Planung für das Gebiet des Bebauungsplans 1821 in Bremen-Walle ein Ortsgesetz über eine Veränderungssperre nach dem Baugesetzbuch auszuarbeiten und dieses Konzept zur Neuaufstellung und Entwicklung einschließlich der notwendigen Beirats- und Bürgerbeteiligung der Deputation für Umwelt, Bau, Stadtentwicklung, Verkehr und Energie bald möglichst zur Beschlussfassung vorzulegen.

Jürgen Pohlmann,
Björn Tschöpe und Fraktion der SPD

Carsten Werner, Björn Fecker,
Dr. Matthias Güldner und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen